



Sehr geehrte User unserer Website, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kaum ist die Wahl vorbei, holt uns die Realität schon wieder ein. Noch bevor Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung begonnen wurden, hinterlässt die „alte Regierung“, konkret ihre Bildungsministerin, weitere Spuren.

Nichts ist von den vollmundigen Versprechungen übriggeblieben, die man vor der Wahl rund um das Thema „Digitalisierungsoffensive“ gemacht und mit denen man es in manche Schlagzeilen geschafft hat. Statt unseren Kindern und

Jugendlichen bzw. den Schulen die für das Erreichen der zahlreichen im neuen Lehrplan formulierten Ziele nötige Zeit zu gewähren, fällt man sofort wieder ins alte Muster zurück. Seitenlang werden unter dem Titel „Digitale Grundbildung“ Bildungs- und Lehraufgaben sowie Lehrstoff definiert. Wer danach sucht, wieviel Unterrichtszeit für diese in hehren Worten beschriebenen Aufgaben zur Verfügung gestellt wird, landet im „beschlussreifen Entwurf“, den die Bildungsministerin am Montag in Begutachtung geschickt hat, auf dem Boden sattnam bekannter Realität. Die Schulen sollen nämlich wieder einmal „autonom“ festlegen, woher sie die Zeit für die Umsetzung des neuen Projekts nehmen.

Vor den Wahlen wurde das Bild eines Füllhorns voller Tablets und Notebooks gezeichnet, die sich über Österreichs SchülerInnen ergießen werden, koste es, was es wolle. Nach den Wahlen definiert man eine reiche Fülle zusätzlicher Aufgaben für die Schulen und überträgt ihnen die Entscheidung, ob sie dafür schlechtere Ergebnisse bei den Standardüberprüfungen oder z. B. Einschränkungen im Bereich der Förderung musisch-kreativer Fähigkeiten in Kauf nehmen. Den „Schwarzen Peter“ überlässt die Obrigkeit am Minoritenplatz gerne den Untergebenen.

Auch wenn ich viele der im Lehrplan vorgesehenen Inhalte für wichtig halte, frage ich mich, ob wir unseren Kindern und Jugendlichen etwas Gutes tun, wenn

wir zur Erreichung der für die „Digitale Grundbildung“ formulierten Ziele Inhalte, die in anderen Bereichen zurecht vorgesehen sind, notgedrungen über Bord werfen. Wie sollte es aber anders gehen, wenn man die Zeit für den neuen Gegenstand bei anderen Fächern abzwacken muss?

Darüber hinaus wurde den Betroffenen bisher weder ein Konzept für die Fortbildung der LehrerInnen noch ein konkreter Plan vorgelegt, welche Geräte welchen SchülerInnen zu welchem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden. Von der Finanzierung für die Wartung der Geräte oder der für einen sinnvollen Einsatz nötigen Infrastruktur können wir nur träumen.

Ich appelliere an alle politischen VerantwortungsträgerInnen, endlich einmal nach der Wahl zu den Versprechungen zu stehen, die sie vor der Wahl gemacht haben. Österreichs Kinder und Jugendliche haben sich keine Politik verdient, die nur leere Versprechungen macht. Österreichs Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine ausreichende Finanzierung des Bildungswesens und auf Konzepte, die ihnen Zukunftschancen öffnen.

Laut einer ebenfalls am Montag präsentierten Umfrage haben 43 Prozent der Befragten gar kein Vertrauen in PolitikerInnen, weitere 50 Prozent wenig Vertrauen. Das passt dazu. Leider.



Mit herzlichen Grüßen

Mag. Herbert Weiß